

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Ersch.-Verleger)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 57.

Berlin, Mittwoch, 17. Juli 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Der Weg zum Frieden. — 14. Delegiertentag des Bundes deutscher, österreichischer und schweizer Brauereigesellen. — Zur Frage der Volksversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Der Weg zum Frieden.

Nach langwierigen Verhandlungen ist es schließlich gelungen, in der mitteldeutschen Metallindustrie den Frieden herzustellen. Wäre es nicht geschehen, so lägen heute Tausende von fleißigen Arbeitern, die gern ihre Hände rühren, auf dem Erflaster. Der Metallindustrie in den betreffenden Gegenden aber wäre ebenfalls schwerer Schaden zugefügt worden. Auf beiden Seiten wären von den Folgen des Kampfes Leute getroffen worden, die an den Urtönen der Bewegung völlig unbeteiligt waren; denn ursprünglich handelte es sich nur um Differenzen in einigen Betrieben Hannovers. Aber so will es die Laune der Unternehmerverbände, in denen das Scharfmachertum keine Organe feiert, daß mit den „Schuldigen“ auch Unschuldige leiden. Dertliche Streiks, häufig von ganz ungeordneter Bedeutung, werden von den Unternehmern mit umfangreichen Ausperrungen beantwortet. Man sucht eben auf jener Seite nach Gelegenheiten, den Organisationen immer und immer wieder Schlappen beizubringen, um sie durch Schwächung ihrer Kräfte weniger widerstandsfähig zum Kampfe zu machen. Wenn man einen Hinblick wirft auf die wirtschaftlichen Vorgänge des letzten Jahrzehnts, so wird man diese Tatsachen überall bestätigt finden. Die gewaltigen Arbeitskämpfe sind fast ausnahmslos aus einem kleinen Kerne hervorgegangen. Die Wunden aber, die dem deutschen Wirtschaftsleben dadurch geschlagen worden sind, stehen meist in gar keinem Verhältnis zu der geringfügigkeit der Forderungen. Die mittelbar den Anlaß zu den schweren Kämpfen gegeben haben.

Man kann es deshalb nur mit Freude begrüßen, wenn Bestrebungen sich durchsetzen bemühen, solchen Kämpfen, die bisweilen an die Zeit des Faustrechts erinnern, ein Ende zu bereiten. Wenn eine solche Stimme aus dem Lager der Unternehmer kommt, soll man erst recht darauf hören als ein Zeichen dafür, daß die Vernunft auch in jenen Kreisen mehr und mehr Boden erobert. Im Juliheft der „Württembergischen Industrie“, des Organs der Württembergischen Industriellen, tritt ein Metallindustrieller mit aller Entschiedenheit dafür ein, den Wirtschaftskämpfen ihre Schärfe zu nehmen und sie vor allen Dingen auf das Gebiet zu beschränken, wo sie ihren Ursprung genommen haben. Der Verfasser kommt zu folgenden Schlusfolgerungen:

„Es ist ein durchaus unbefriedigender Zustand, daß ein an einem Orte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern ausgebrochener Streit einen solchen Umfang annehmen können, daß dadurch weite Kreise des Erwerbslebens schwer geschädigt und das ganze Wirtschaftsleben empfindlich betroffen wird, daß mühsam eroberte Absatzgebiete für den Export verloren gehen und in jauchender Arbeit unter großen Opfern aufgebauete industrielle Unternehmungen in ihren Grundfesten erschüttert und in ihrer Entwicklung gestört werden. Bei gutem Willen lassen sich berartige Meinungsverschiedenheiten gewiß in weniger brutaler Weise schlichten, vorausgesetzt, daß auf seiten der Arbeiterführer der gute Wille dazu vorhanden ist und das Prinzip besteht, mit möglichst geringen Opfern das erstrebte Ziel zu erreichen. Dazu wäre es allerdings notwendig, daß ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Achtung herbeigeführt wird... Auch die Arbeitgeber sind von dem ernst-

lichen Wünsche befeßt, mit ihrer Arbeiterschaft in Frieden sich zu einigen, und sie haben kein Verlangen danach, eine rein theoretische Maßfrage im erbitterten Kampfe aller gegen alle zu lösen. Denn nach dem Kampfe wird es wieder sein wie vorher, es werden wieder Arbeitgeber und Arbeiter sein, und beide werden einander zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötig haben und gegenseitig auf guten Willen und einmütiges Zusammenwirken angewiesen sein. Ob das Verhältnis besser würde, wenn es sich um Sieger und Besiegte handelte, ist zweifelhaft. Denn im allgemeinen wird der Sieger nicht nachgiebiger und der Besiegte nicht williger sein als zuvor, da sie einander als gleichberechtigte Faktoren gegenüberstehen.“

Im großen und ganzen muß man diesen Worten beistimmen. Bei gutem Willen auf beiden Seiten ließe sich in der Tat eine Milderung und Einschränkung der Wirtschaftskämpfe herbeiführen. Die ganze Tendenz der Deutschen Gewerksvereine geht ja dahin, Differenzen zunächst auf friedlichen Wege aus der Welt zu schaffen. Die christlichen Gewerkschaften sind uns in dieser Richtung gefolgt, und auch in den freien Gewerkschaften ist das Prinzip des Klassenkampfes mehr und mehr zurückgedrängt worden durch den Tarifgedanken, der ebenfalls auf eine friedliche Verständigung gerichtet ist. Im übrigen aber ist es doch ganz selbstverständlich, daß jeder Arbeiterführer bemüht ist, ein Ziel mit möglichst geringen Opfern zu erreichen. Wenn also so vernünftige Ansichten, wie sie in obigen Auslassungen jutage treten, überhaupt von Unternehmern geteilt würden, würde sich der Wunsch jenes württembergischen Metallindustriellen leicht erfüllen lassen. Aber wir befürchten, daß er ein Prediger in der Wüste ist, und daß der gute Wille, Meinungsverschiedenheiten zwischen Unternehmern und Arbeitern in weniger brutaler Weise zum Austrag zu bringen, auf Seiten der Unternehmer nicht eben weit verbreitet ist. Sonst würde man den Arbeiterorganisationen gegenüber nicht so häufig noch den „Herren im Hause“ herausheizen. Wie häufig kommt es vor, daß die Unternehmer sich weigern, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln! Wie oft haben sich solche Organisationsvertreter nicht schon von einer Firma, bei der es zu Differenzen gekommen war, sagen lassen müssen: „Wir dürfen mit Ihnen nicht verhandeln; die Unternehmerorganisation hat die Sache bereits in Händen und hat uns jede Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen unterlagt!“ Es ist ganz richtig, wenn oben behauptet wird, daß die Vorbedingung für die Milderung und Einschränkung der wirtschaftlichen Kämpfe ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Achtung sein müsse. Wo aber finden wir dieses Vertrauen und wo die Achtung und damit die Anerkennung? Solange namentlich in der Großindustrie die Antikampanie maßgebend ist, daß der Unternehmer Herr im Hause ist und die Arbeiter durch ihre Organisation nicht das geringste Mitbestimmungsrecht haben dürfen, so lange kann auch von Achtung und Anerkennung nicht die Rede sein, und so lange werden auch die Wünsche jenes wohlmeinenden württembergischen Industriellen unerfüllt bleiben.

Unwillkürlich denkt man bei der Erörterung dieser Dinge an die Frage des Reichseinkommensamts, die in den letzten zwei Jahren vielfach Gegenstand der öffentlichen Diskussion gewesen ist. Seitdem der um die deutsche Arbeiterschaft so hochverdiente Freiherr v. Verlovich im Auftrage der Gesellschaft für soziale Reform die Forderung eines Reichseinkommensamts in einem gediegenen Vortrage begründet hat, ist das Problem nicht wieder zur Ruhe gekommen. Die Deutschen Gewerksvereine und auch die christlichen Gewerkschaften haben mit aller Deutlichkeit zu er-

fennen gegeben, daß ihnen der Gedanke der Errichtung eines Reichseinkommensamts durchaus sympathisch ist und daß sie sich davon einen günstigen Einfluß auf den Verlauf der wirtschaftlichen Kämpfe versprechen. Die freien Gewerkschaften haben jedenfalls nichts dagegen gesagt. Von einer grundsätzlichen Gegnerschaft unter den Arbeitern kann also nicht die Rede sein. Wie aber sieht es auf Unternehmenseite aus? In der gesamten Schwarzdruckpresse und vor allem in der „Arbeitgeber-Ztg.“ ist der Gedanke eines Reichseinkommensamts auf das allerentschiedenste bekämpft worden. Mit einer Brutalität und einem Fanatismus ionergleichen hat man die Bestrebungen, das Einkommensamts auszubauen, bekämpft und in Aussicht gestellt, lieber eine Verdrängung der Arbeitskämpfe in den Kampf zu nehmen, als sich irgend welcher Einkommensamts anzuschließen. Und wie flennlich waren die Gründe, die für diese rüchständige Auffassung ins Feld geführt wurden!

An solchen Tatsachen kann man doch nicht blind vorübergehen. Wohl wird der Gang der Entwicklung schließlich auch die unentwegtesten Scharfmacher auf die Bahn der Verständigung drängen. Aber darüber können noch Jahre vergehen. Vorläufig gilt noch der Herrrentandpunkt, und deshalb haben wir leider nicht allzu große Hoffnungen, daß die zitierten verständigen Worte eines Unternehmers unter seinen Standesgenossen allzu lebhaften Widerhall finden werden. Das darf ihn und seine Gesinnungsfreunde allerdings nicht hindern, in jenem Sinne für die soziale Verständigung in Arbeitgebetkreisen weiterzuwirken. Das Rad der Entwicklung kann niemand aufhalten, und schließlich wird die Zeit kommen, da der von den Deutschen Gewerksvereinen vertretene Grundtat, daß zunächst auf gutlichem Wege eine Verständigung verüht werden kann und muß, allgemeine Gültigkeit für unser Wirtschaftsleben erhält.

14. Delegiertentag des Bundes deutscher, österreichischer und schweizer Brauereigesellen.

In Elberfeld, einer der Zentralen und Hauptindustriestädte des Bergischen Landes, trat am Donnerstag vormittag der 14. ordentliche Delegiertentag des Bundes deutscher, österreichischer und schweizer Brauereigesellen unter der Leitung des Bundesvorsitzenden und geschäftsführenden Bundesbeamten Siegert zusammen. Aus allen Teilen Deutschlands, aus dem Süden und Norden, dem Zentrum und dem Westen waren die Delegierten erschienen; außer ihnen und dem Bundesvorsitzenden der stellvertretende Vorsitzende Bill-Berlin, der Bundesdrittsführer Schumann-Leipzig, der Verwalter der Bundeskasse Vankl-Berlin, der Obmann der Rechtschutz- und Prekonmission Lindner-Berlin und der Verleger der Bundeszeitung Horn-Berlin. Den Verband der Deutschen Gewerksvereine, dem von den 51 Bundesvereinen 33 angeschlossen sind, während 13 den christlichen Gewerkschaften und 5 feiner anderen Organisation angehören, vertrat der Verbandsvorsitzende Karl Goldschmidt-Berlin. Als Protokollführer war wiederum Seifert-Magdeburg berufen worden.

Den Bericht über die Tätigkeit des Bundes in den letzten beiden Jahren erstattete der Bundesvorsitzende Siegert. Wir entnehmen diesem folgendes:

„Seit dem letzten Delegiertentag vor zwei Jahren ist die vollständig beränderte Entwicklung unserer

drausgerichtet mehr und mehr gutgegetren und sind die Befürchtungen, welche von uns in Wort und Schrift vor der letzten Brauereiverbändigung eingehend erläutert und erörtert wurden, nicht nur eingetroffen, sondern weit überholt worden. Wohin man blickt, Verschwinden der Kleinbrauereien, Fusionen und Stilllegen von solchen, Aufkaufungsprozesse zum Großbetrieb, damit naturgemäß eine Erschwerung in der Arbeitsbelegenheit und eines besseren Fortkommens resp. die Unmöglichkeit in günstigere Positionen zu gelangen, damit wird jedoch unabweisbar in den folgenden Jahren mit einem Nachlassen des Aufkaufungsprozesses nicht zu rechnen sei, sondern er wird auch weiter seinen Weg gehen. Deshalb ist es besonders Pflicht des diesjährigen Delegiertentages dies zu beachten, da naturgemäß unseres Berufes fühlbar machen muß, da eben hauptsächlich die Kleinbetriebe die Lehrlingsausbildung vollziehen.

Wenn eine ausgesprochene Berufsorganisation mit diesen Erscheinungen zu kämpfen und zu rechnen hat, so ist dies selbstverständlich auch rückwirkend auf die Ausbreitung resp. Mittelsüberwindung. An und für sich ist es schon nicht leicht, eine auf nationalem Boden stehende Organisation vorwärts zu bringen, da man eben nicht mit den Schlagmörtern und Präsen, welche die Massen hinreißt, arbeiten kann, welche auf Seiten der „freien“ Gewerkschaften besteht. Und doch würde es leichter sein, wenn bereit die gesamte auf nationalem Boden stehende Gewerkschaftsrichtungen und Arbeiter gemeinsam arbeiten würden, um mehr Idealismus und Opferwilligkeit in jeden dazu gehörigen Arbeiter und Angestellten zu tragen, um die Ziele und Bestrebungen derselben einheitlicher durchzuführen. Gerade letzteres benötigt unsere Organisation doppelt, weil wir nicht nur nach einer Front kämpfen müssen und andererseits auch mit dem Absatz unseres Produktes zu rechnen haben, aber auch um durchgreifend zur Geltung besonders im Wirtschaftsleben kommen zu wollen, eine Masse hinter uns haben müssen, welche entgegengekehrt dokumentiert, daß es ebenfalls tausende von Arbeitern gibt, welche nicht sozialdemokratisch sind. Hier haben wir eingeseht und müssen dies auch weiter eingehend verfolgen, um alle Monopolbestrebungen der „freien“ Gewerkschaften, sei es in Arbeitsnachfragefragen oder in wirtschaftlichen zu durchbrechen und auch dem nationalen Arbeiter die wirkliche Koalitionsfreiheit und volle Gleichberechtigung zu sichern. Ebenfalls ist es aber von eminenter Wichtigkeit, nachdem durch die Einführung der Reichsversicherungsordnung unseren Forderungen, besonders in Bezug der Verhältnismaßzahlen, Rechnung getragen ist, dies in Zukunft intensiver in Gemeinschaft mit anderen gleichgesinnten Organisationen zu verfolgen und keinen Weg und Opfer zu scheuen unsere Vertreter hineinzubringen in diese Institutionen; jede Unterlassung oder Gleichgültigkeit rächt sich an jedem Einzelnen doppelt. Leider muß man konstatieren, daß trotzdem wir auch in der Werbung der Schöffens- und Gewerbegerichts-Beisitzer schon einige Erfolge in unseren Reihen zu verzeichnen haben, ein großer Teil unserer Kollegen trotz dahingehender belehrender Vorträge, diesen Fragen teilnahmslos gegenübersteht; auch hier muß noch mehr ideale Auffassungsgabe hineingetragen werden. Eine alte und sich nicht zum Besseren ändernde Erscheinung ist die Bekämpfung seitens unserer Gegner und insbesondere des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes, welcher an Geschäftigkeit und unlauteren Mitteln nichts zu wünschen übrig läßt. Wenn auch dann und wann besonders bei Lohnbewegungen in Orten, wo man uns gebraucht, Annäherung gesucht wird, so ist dies meist von vornherein ausgeschlossen, wo wir in geringen Zahlen in Betracht kommen. Notwendig dürfte es sein, daß hier einmal der Delegiertentag eine präzisere Stellung einnimmt.

Neue Vereine sind gegründet worden in Basel, Bremen und Zürich, Haselfeld in Buzsdorf, Kaufanne, Hensburg, Plauen und Schaffhausen.

Unsere Volkshilfsbestrebungen haben auch in den letzten zwei Jahren wieder bewiesen, wie segensreich sie wirken und wie die zeitens der Mitglieder geleisteten Beiträge nubbringend verwertet werden. In erster Linie ist dies zu beachten mit der Invaliden- und Altersversorgungskasse; dieser Einrichtung wird unsere weitestehende Aufmerksamkeit zu widmen sein, da sich hier schon eine bedeutende Anzahl im Rentengenuß befindet und diese Zahl sich von Jahr zu Jahr steigern wird. Dasselbe trifft zu für die Sterbekasse.

Auch an die Bundeskasse werden die Anforderungen immer größer, sei es durch Agitation, Herausgabe von Schriften, außerordentliche Unterstützungen und insbesondere die sich ständig häufenden Kosten bei den vielen Lohnbewegungen, wobei zu beachten ist, daß die allgemeinen Inflationen in Agitation und Lohnbewegungen nicht viel größer sein dürften, als wenn an den einzelnen Orten die doppelten resp. dreifachen Mitgliederzahlen in Betracht kommen.

Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß das beste Fundament einer Organisation der Ausbau seiner Unterstützungsrichtungen und Kasseneinrichtungen ist. Hier können wir mit Genugtuung konstatieren, daß dies in bestem Sinne bei uns zutrifft, dank der außerordentlichen Aufopferung und korrekten Abwicklung unseres allbewährten Kollegen Wapfel. Einzuzuweisen ist dabei, daß die Vereinsverwaltungen ebenfalls ihr Hauptaugenmerk auf eine korrekte überblickliche Kasseneverwaltung zu richten haben und die Vereinsvorständen in erster Linie mit dafür verantwortlich sind.

Anschließend hieran berichtete Siegel über die Schweiz und über die dortigen Lohn- und Arbeitsbewegungen, mit denen schwerere Kämpfe mit dem

sozialdemokratischen Verbände verbunden waren. Der Bericht schloß mit den Worten: „Wir können die von uns in der Schweiz unternommenen Schritte verantworten, aber unsere Gegner haben durch ihr Verhalten ihre eigenen Mitglieder auf Jahre geschädigt; hätten sie mit uns gearbeitet, dann wäre ein für alle Teile annehmbarer Tarif sicher erreicht worden.“

Ueber die Unterstützungskasse für alte und invalide Mitglieder des Bundes berichtete der Obmann W. Lindner. Die Kasse hatte darnach im ersten Berichtsjahr 51, im zweiten 56 Renteneinpfänger, denen 7450,20 Mark bezw. 7314,92 Mk. Unterstützungen gezahlt wurden. Seit der Begründung zahlte die Kasse bereits 41 284,97 Mk. Der Vermögensbestand beträgt 110 000 Mk. Die Arbeitslosen-Unterstützungskasse, über die Wapfel den Bericht gab, zeigte einen Vermögensbestand von 20,189,45 Mk. Die Bundeskasse hat einen Bestand von ca. 9500 Mark.

Einer Anzahl von Mitgliedern wurde kostenfreier Rechtsrat gewährt und außerdem viele Anfragen in Rechtsangelegenheiten beantwortet.

Eine lebhaft erörterte Frage des Anschlusses des Bundes an eine größere nationale Arbeiterorganisation sowie der Zentralisierung des Bundes hervor. Es verblieb jedoch bei dem bestehenden Verhältnis, nach dem sich die einzelnen Bundesvereine entweder den Christlich-Sozialen Gewerbevereinen oder den christlichen Gewerkschaften anzuschließen haben. Zur energischeren Betreibung der Agitation für den Bund beschloß man die Anstellung eines zweiten Beamten und die Aufnahme von gelehrten Handwerfern, die in Brauereien beschäftigt sind, sowie von ungelerten Brauereiarbeitern, die die Stelle eines gelehrten vertreten. Die „Bundeszeitung“ bleibt in ihrer bisherigen Form bestehen, soll jedoch durch sozialpolitische Artikel u. a. unter Mitwirkung der Bundes- und Bezirksleiter weiter ausgebaut werden. Die Delegiertentage werden nach wie vor alle zwei Jahre stattfinden und dazu künftig 18 Delegierte in neu zu bildenden Wahlkreisen gewählt. Der nächste Delegiertentag 1914 wird in Berlin abgehalten werden. Ferner findet wie bisher alle zwei Jahre eine Konferenz des Bundesvorstandes unter Beratung der Bezirksvorstände statt. Bei der Besprechung eines Antrages, der Bund wolle dafür Sorge tragen, daß die auszulernenden Lehrlinge ohne Ausnahme einer sachgemäßen Prüfung wie bisher unterzogen werden, gab der Bundesvorstand den hierauf bezüglichen Schriftwechsel mit dem Deutschen Bran- und Malzmeisterbund bekannt, der eine Verbesserung in diesen Verhältnissen erhoffen läßt. In den Bundesvorstand wurden einstimmig wiedergewählt: E. Siegel-Leipzig als Vorsitzender, G. Will-Berlin als stellvertretender Bundesvorsitzender, S. Wapfel-Leipzig als Bundeschriftführer, E. Wapfel-Berlin als Vertreter der Bundesfaktion, W. Lindner-Berlin als Obmann der Rechtsfaktion und Preßkommission.

Dem Delegiertentag des Bundes folgte unter Leitung des Vorsitzenden Koch-Dortmund eine Generalversammlung der Zentral-Krankengeld-Zuschusskassen, in der das Statut den Anforderungen des kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung entsprechend abgeändert und die Leistungen durch Gewährung eines Sterbegeldes erweitert wurden. Dies erfolgte auf Grund des vom Hauptfiskalier Döll-Dortmund erstatteten günstig abschließenden Rechenschaftsberichts. Sitz der Kasse bleibt Dortmund, Vorsitzender S. Koch, Hauptfiskalier Döll, dajelbst.

Zur Frage der Volksversicherung.

Die in unserer Nummer 54 veröffentlichte Aufschrift „Neue Wege der Volksversicherung“ haben dem „Vorwärts“ Anlaß zu längeren kritischen Auslassungen gegeben. Dazu bemerkt der Verfasser unserer Zuschrift:

Der „Vorwärts“ bringt auf unseren Artikel „Neue Wege der Volksversicherung“ eine Erwiderung, in der er die von uns als beachtenswert bezeichnete, in der Vorbereitung befindliche Volksversicherung des Verbandes der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten eine bloße Volksversicherung nennt. Wir glauben nach dieser Ueberschrift schon, den „Vorwärts“ Arm in Arm mit den Organen der Privatversicherung, die ja seiner „Volksfürsorge A.-G.“ so liebevolle Aufmerksamkeit schenken, die öffentliche Lebensversicherung als eine junkerliche Gründung bezeichnen zu sehen, die dazu bestimmt sei, den Städten das Geld aus der Tasche zu ziehen, oder ähnliches. Das ist aber nicht der Fall. Vielmehr anerkennt der Artikel, daß die ge-

plante Volksversicherung der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten ihren ganzen gemeinnützigen Grundgedanken gemäß viel Besseres leisten müßte als die Privatversicherung. Damit hat der „Vorwärts“ in der Hauptphase der Begründung, auf die wir im Interesse unserer Gewerbevereine und der nichtsozialdemokratischen Arbeiterchaft überhaupt aufmerksam machen zu müssen glauben, ein so gutes Zeugnis ausgestellt, wie es in seinen Spalten einer bürgerlichen wirtschaftlichen Einrichtung nicht oft passiert.

In den Nebenpunkten, die seine Kritik berührt, hat der „Vorwärts“ indessen nicht ganz so recht. Der Verband der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten ist allerdings jung, hat aber in den sechs Monaten seines Bestehens schon überreichende Erfolge zu verzeichnen. Die oftbreiuhende Anstalt, die schon 1 1/2 Jahr besteht, hat bereits für 10 Mill. Mk. Versicherungen zum Abschluß gebracht. Die Gründung der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten hängt allerdings, wie wohl zur Genüge bekannt war, mit der ländlichen Entschuldung zusammen. Sie ist also mit dazu bestimmt, endlich einmal wieder die in Staatshilfe erstickte Landwirtschaft zur Selbstbeimung und zur Schuldbüßung aus eigener Kraft anzuregen. Aber sie ist von vornherein für alle Bevölkerungskreise bestimmt gewesen und soll das ganze deutsche Reich als Arbeitsgebiet umfassen. Je mehr die Provinzialanstalten im Westen festen Fuß fassen, desto größer werden ihre städtisch-industriellen Interessen werden. Und wie sie bis jetzt tatungsgemäß ihre Kapitalien im Interesse der Versicherten auf dem Lande zu Entschuldungszwecken gerade der kleineren und kleinsten Besitzer anlegt, so ist sie verpflichtet, mit den Prämienereuren aus städtischen Kreisen das Gleiche zu tun. Daß sie eine neue Versicherungsart auf fallende Kapitalien zur Selbstbemachung von Landarbeitern einführen will, ist ebenfalls nicht unbeachtlich. Die öffentliche Lebensversicherung will eine neue, rein gemeinnützige, d. h. ohne Gewinn arbeitende Versicherungsform für Stadt und Land, für große wie für kleinste Einkommen aus allen Bevölkerungsklassen sein.

In diesem Sinne wurde schon in der Gründungsdenkschrift vom Jahre 1910, als von dem Plan einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherung gegründet noch öffentlich keine Rede war, die Einrichtung einer Volksversicherung nach rein gemeinnützigen Prinzipien in Anlehnung an die sogenannten „großen“ Versicherungen ins Auge gefaßt und die Richtung, in der diese Reformbestrebungen gehen sollten, deutlich festgelegt. An das Hauptgebäude der öffentlichen Lebensversicherung sollte sich die Volksversicherung als eine „Dependance“ anlehnen. Alle neu geschaffenen Einrichtungen sowie die wertvollen Beziehungen jener zu kommunalen Selbstverwaltungskörpern sollten gewissermaßen risiko- und kostenlos in den Dienst der Versicherung des kleinen Mannes gestellt werden. Diese kann aber bei der Anlage der von ihr gesammelten Volksversicherungskapitalien gar nicht anderen Grundrissen huldigen als das Mutterinstitut, muß also Anlage suchen im Wohnungsinteresse der Volksversicherten selbst, d. h. in gemeinnützigen Baugenossenschaften oder ähnlichen Instituten. Das ist nicht Zukunftsmusik, sondern Satzungsbestimmung. Warten wir doch die Veröffentlichung dieser Satzungsbestimmungen daraufhin ab!

Daß die Absichten der öffentlich-rechtlichen Volksversicherung gut sind, hat der „Vorwärts“ selbst halb und halb zugegeben. Sie werden noch gebessert, wenn sich weite organisierte Arbeiterkreise zu einer Kooperation mit ihr entschließen sollten, sobald sie ihre Grundzüge geprüft und sie für unterstützungswert erachtet haben. Daß die nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen sich ohne weiteres der „Volksfürsorge“ in die Arme werfen werden, die durch die Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften zusammen mit deren Beiträgen auf die Volksversicherungsprämien lastieren läßt, diese Entfugung dürfte der „Vorwärts“ von ihnen selbst kaum verlangen. Das hieße nichts anderes, als sich auf diesem Gebiet „in den Dienst der Richtung der roten Gewerkschaften“ zu stellen, welcher unmissverständliche Ausdruck dem „Vorwärts“ so schwer im Magen liegt. In jenem Lager herrscht eben die Meinung vor, daß neben der „Volksfürsorge“ zu gleicher Zeit auf anderen Wegen gleich Gutes von neutraler Seite angestrebt und erreicht werden kann. Wenn den auf dem Boden des Gegenwartsstaates stehenden Arbeitern durch die Tat gezeigt wird, daß heute schon manches Gute geschaffen werden kann ohne das sozialdemokratische Volksbeglückungsmonopol, so dürfte die „Volksfürsorge“ als indirektes Werbemittel in nichtsozialdemokratischen Arbeiterkreisen ein Schlag ins Wasser sein.

Wenn der „Vorwärts“ ausschließlich von hohem Werte über den „abgehalfterten“ und „verschlafenen“ Liberalismus höhnend, den angeblich die Gewerkschaften vertreten sollen, wenn er sich insbesondere so gänzlich uninteressiert an der Frage der Schaffung der Landarbeiter zeigt, so müssen wir ihm doch die Frage vorlegen, warum die Sozialdemokratie in der Landarbeiterschaft des Ostens ständig im Zurückgehen begriffen ist. Die Landarbeiter haben eben eingesehen, daß die sozialdemokratische Parteischablone ihnen gar nichts bietet, daß gerade bei der Sozialpolitik auf dem Lande, die in der Schaffung von beizuhaltenden Arbeitern gipfelt, die Sozialdemokratie völlig verjagt hat. Deshalb haben die Landarbeiter bei den letzten Reichstagswahlen vielfach die Kerntuppe der liberalen Wählererschaft auf dem Lande geblendet. Auch die Wäune der Sozialdemokratie werden — auf dem Lande wie in den Städten — nicht in den Himmel wachsen, wenn die freihändlerischen, bürgerlich gesinnten Kreise die Zeichen der Zeit verstehen. Die Gewerkschaften aber werden so auch aus eigener Sachkenntnis zu beurteilen verstehen, ob bei der öffentlichen Volksberatung etwas für die von ihnen vertretene Arbeiterschaft zu gewinnen ist, und sie bedürfen durchaus nicht der Volksfürsorge ihrer guten Freunde und getreuen Nachbarn zur Linken.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 16. Juli 1912.

Der Reichstagsrat im Schneidergewerbe. Am Donnerstag, dem letzten Tage der Friedensverhandlungen, welche nach der großen Generalausperrung im Schneidergewerbe in Jena unter Leitung der drei Unparteiischen, Magistratsrat Dr. v. Schulz-Berlin, Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner-Münden und Ratsherr Dr. Siller-Frankfurt a. M. stattfanden, stellte der Arbeitgeberverband den Antrag, daß die Hauptleistungen des Arbeitgeberverbandes und der Arbeitnehmerverbände des Schneidergewerbes innerhalb 3 Monaten wieder unter dem Vorhitz der drei Unparteiischen zusammentreten sollten, um über die Frage der Einführung eines Reichstagsvertrages in Verhandlung zu treten. Sämtliche Parteien gaben hierzu ihre Zustimmung. Seitens des Obmannes der Unparteiischen, Herrn Magistratsrat v. Schulz, sind nun die Parteien zu einer Sitzung am 15. Juli im Rathaus zu Erfurt eingeladen. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat aber Anträge eingereicht, welche die Aussicht auf eine Verständigung recht gering erscheinen lassen. Während man arbeitnehmerseitig bisher immer dachte, daß der Reichstagsrat eine Vereinheitlichung der Löhne von gleichgroßen Städten resp. gleichen Wirtschaftsgebieten mit sich bringen müßte, will der Arbeitgeberverband an dem bisherigen Lohnsystem überhaupt nichts geändert haben. Auch all die andern Fragen, wie Regelung der Arbeitszeit, Nähtätigkeiten, Heimarbeiterschutz, Werkstätten und Extrararbeiten sollen keine einheitliche Regelung erfahren, sondern nach wie vor nur örtlich behandelt werden. Was der Arbeitgeberverband will, ist einzig und allein die Ausmerzung der bisherigen Vertragsbestimmung, daß die Tarife einzeln gekündigt werden können. Alle Tarife sollen also etwas Einheitliches betrachtet werden und auch nur in ihrer Gesamtheit kündbar sein. Ferner soll die unbestimmte Zeitdauer in Jorkfall kommen und für sämtliche Tarife eine fünfjährige Gültigkeit in Kraft treten, und zwar so, daß sämtliche Tarife in ganz Deutschland an einem bestimmten Tage, und zwar am 15. März 1917, ablaufen.

Diesem Anfinnen können die Hilflosenorganisationen unter keinen Umständen zustimmen. Wohl sind auch wir Freunde des Friedens und wünschen sehr, daß die Zeit herbei, in der das Tarifvertragswesen so ausgebaut ist, daß wirtschaftliche Kämpfe unmöglich oder zu einer Seltenheit werden. Aber die Verwirklichung dieses Wunsches darf nicht damit erkauft werden, daß sämtliche Interessen der Arbeiter preisgegeben und bedingungslos der Macht des Arbeitgeberverbandes ausgeliefert werden. Die Hilflosenorganisationen sind nicht abgeneigt, einen einheitlichen Vertrag für ganz Deutschland mit einer längeren Geltungsdauer abzuschließen. Da ist es aber vorher notwendig, all die Orte, deren Tarife schon längere Zeit bestehen, erst mal wieder neu zu regeln. Dann ist es ferner notwendig, daß all die andern Fragen außer der Lohnfrage, wie wir sie oben bereits skizziert haben, eine einheitliche Regelung für ganz Deutschland erhalten. In diesem Sinne sind auch seitens unseres Gewerkschafts der Schneider Anträge zu der Konferenz gestellt worden, und wenn es den Arbeitgebern wirklich darum zu tun ist, dem Gewerbe den Frieden auf Jahre zu sichern, so werden sie nicht anders

umhin können, als diesen Forderungen zustimmen. Es läßt sich vorher schwer beurteilen, welcher Verlauf die Verhandlungen nehmen werden. Wir werden über dieselben eingehend berichten.

Lehrer das gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschulwesen in Deutschen Reiche haben vor kurzem statistische Erhebungen stattgefunden. Daraus geht hervor, daß augenblicklich in allen deutschen Bundesstaaten insgesamt 3624 gewerbliche Schulen bestehen mit einer halben Million Schülern und Schülerinnen. Die Zahl der an diesen Schulen im Hauptamt befristeten Lehrer und Lehrerinnen beläuft sich auf 1491. In Preußen allein gibt es 2162 gewerbliche Fortbildungsschulen mit 352 000 Schülern und 528 hauptamtlich angestellten Lehrkräften. Die Zahl der kaufmännischen Fortbildungsschulen beträgt 799 mit rund 100 000 Schülern und Schülerinnen und 1717 Lehrkräften. Von diesen entfallen auf Preußen ca. jährlich 12 Mill. Mark, 3,7 Mill. Mk. dieser Summe werden durch Staatszuschüsse, 5,9 Millionen Mk. durch Beiträge von Gemeinden und Körperschaften und 2,4 Mill. Mark durch Schulgelder aufgebracht.

Arbeiterbewegung. Nachdem es in Hannover zu einer Einigung gekommen ist, ist auch für die Bezirke Magdeburg und Halle a. S. die Aussperrung der Metallarbeiter aufgehoben worden. Wahrscheinlich wird schon Mitte dieser Woche alles wieder voll im Betriebe sein. Der Erfolg des Kampfes ist die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 57 Stunden. Am 1. Juli 1913 wird sie auf 56 1/2 Stunden verfürzt, ohne weiteren Lohnausgleich. Die Stundenlohnarbeiter erhalten jetzt eine Stundenlohnzulage von 3 Pfg. Die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeitverfürzung soll nach beiderseitiger Verständigung in den einzelnen Werken erfolgen. — Auf dem Reubau der Landesirrenanstalt bei Brandenburg a. S. sind die Arbeiter in den Streik getreten, weil der Unternehmer eine geringe Lohnerhöhung ablehnte. — Die Zettlinger Straßenbahn haben an die Direktion Forderungen gestellt auf Herabsetzung und Regelung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und Gewährung eines Urlaubs. — Wegen Verletzung eines Vertrauensmanns sind in der Schufabrik von Jühl in Dresden Differenzen ausgebrochen. Die eingeleiteten Einigungsverhandlungen haben bisher keinen Erfolg gehabt. — Auf der Johannaütte in Schönborn ist eine Anzahl Glasarbeiter ausgesperrt worden. — Im Berliner Fuhrgewerbe ist es zum Streik gekommen, weil bei Tarifverhandlungen von den Unternehmern verlangt wurde, daß der Deutsche Transportarbeiterverband vermögensrechtlich haftbar gemacht werde für Tarifverstöße der Arbeiter. Es befinden sich zurzeit etwa 700 Arbeiter im Ausstand. — Die in den Buchdruckerei-Maschinenfabriken von Groß-Berlin beschäftigten Metallarbeiter sind in eine Tarifbewegung eingetreten. Sie haben Forderungen aufgestellt, die in der Hauptsache auf eine Regelung der sehr ungleich gearteten Arbeitsverhältnisse abzielen. Eine Kommission wurde beauftragt, mit den Unternehmern in Verhandlungen einzutreten.

In Zürich streifen seit längerer Zeit die Maler und Schlosser. In dem Kampfe haben nach Ansicht der Ausständigen die Behörden vielfach einseitig Stellung für die Unternehmer genommen. Darüber ist eine so große Erbitterung in der Arbeitererschaft entstanden, daß dieselben für vergangenen Freitag den Generalstreik proklamierten. In der Tat ruhte an diesem Tage in Zürich die Arbeit fast vollständig. Als Antwort darauf haben die Unternehmer Montag und Dienstag ihre Betriebe geschlossen. — Der Streik der französischen Hafenarbeiter, der Ende der Woche im Abflauen begriffen zu sein schien, geht dennoch weiter. In Marseille ist es zu mehrfachen Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei gekommen. — In den Lenagruben (Rußland), wo vor längerer Zeit die russische Regierung ein furchtbares Blutbad unter streifenden Arbeitern anrichtete, ist es zu einem neuen Ausstande gekommen, weil die Arbeiter sich mit der Neuregelung der Arbeitsverhältnisse nicht einverstanden erklären konnten.

Agrarier und Sozialpolitik. Vergangene Woche fand in Dresden die Tagung der landwirtschaftlichen Genossenschaften statt, auf welcher der Geheimrat Rapp über die Sozialpolitik Ausführungen machte, wie man sie nur bei wachsenden

Agrariern antreffen sollte. Nach den Berichten in der Presse führte der Herr aus:

Graf Robadowsty hat auf dem Leipziger Wohnungslongree von offenen und besetzten Cogneten der Sozialpolitik gesprochen, die den Wunsch hätten, man möge endlich mit der Sozialreform aufhören. Graf Robadowsty meinte, das sei gleichbedeutend, als wenn man dem Handel, der Industrie und der Landwirtschaft zumuten wollte, daß sie endlich mit der Wirtschaftspolitik aufhören sollten. An sich mag das ja richtig sein. Aber es kommt doch wesentlich darauf an, mit welchen Mitteln den neu auftauchenden sozialpolitischen Anforderungen der Zukunft Genüge geleistet wird. In weiten Kreisen herrscht jedenfalls die Auffassung, daß die gegenwärtigen Rahmen der Sozialpolitik zu weitgehenden Wertungen Anlaß geben, und es ist der Wunsch aufgetaucht, man möge mit dieser Art Sozialpolitik endlich aufhören, ohne daß man deshalb gleich in den Nachsatz zu kommen braucht, ein offener oder besetzter Gegner der Sozialpolitik zu sein. (Sehr richtig!) Gewiß, Deutschland ist trotz auf seine Arbeiterversicherung. Aber wir dürfen uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß damit das Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiterschaft wesentlich herabgemindert worden ist. Die Arbeiterschaft sieht es heute als Pflicht und Schuldbigkeit des Staates an, die Arbeiterfürsorge durch immer neue Rentengewährung auszuweihen. Ist damit aber auch die soziale Zufriedenheit gestiegen? (Zurufe: Nein, nein!) Gerade das Gegenteil ist der Fall. Künstlich wird von der Sozialdemokratie diese Stimmung in der Arbeiterschaft für ihre politischen Zwecke zu verwerten gesucht. Mit allen Mitteln des Luges und des Truges und der Simulation wird der Versuch gemacht, sich in den Genuss von Renten zu setzen, und in breiten Schichten ist eine Art Fälschung des Rechtsgefühls eingetreten. Das zeigt sich auch daran, daß bei Streiks die die Vertragstreue haltenden Arbeitswilligen als vertragsbrüchig hingestellt werden und nicht umgekehrt die den Vertrag brechenden Streikenden. Dieses Schwenden eines einseitigen Rechtsbewußtseins ist eine bedauerliche Erscheinung und, wenn es dem Staate nicht möglich sein sollte, den Arbeitswilligen Schutz herbeizuführen, so sind wir am Ende der Staatsordnung. (Stürmischer Beifall.) Deshalb sind weitschauende Kreise — und es sind nicht die schlechtesten — der Ansicht, daß Einhalt getan werden muß mit dieser Sozialpolitik. Man ist der Ansicht, daß die Selbsthilfe wieder Platz greifen muß, und das Vertrauen in die eigene Kraft. Das sittliche Gebot der Selbsthilfe hat auch das Genossenschaftswesen groß und stark gemacht. Oeffentliche Versicherung und Genossenschaftswesen sind Aeste desselben Stammes. Beide haben den gemeinsamen Wunsch, in Stadt und Land eine Mittelschicht selbständiger Existenzen zu schaffen und zu erhalten. So treiben wir brauchbare, aus guter, deutscher Art entsprungene Sozialpolitik.

Der Wunsch, daß man endlich einmal mit der vermaledeiten Sozialpolitik aufhören müßte, ist ja nicht neu. Auch von unsern lieben Scharfmachern wird er immer und immer wieder erhoben. Anterselant aber ist es, daß Herr Geheimrat Rapp so eindringlich auf die Selbsthilfe hinweist, in demselben Atem aber im Anschluß an obige Ausführungen gegen die von Genossenschaften und Genossenschaftswesen geplante Volksversicherung, die doch im Grunde genommen auf Selbsthilfe beruht, von jeder zieht. Mag man über die sozialdemokratische Gründung denken, wie man will, der Widerspruch in den Darlegungen des Herrn Rapp läßt sich nicht beseitigen. Auch daß dieser Herr mit seiner Mahnung zur Selbsthilfe vor seinem agrarischen Publikum lebhaften Beifall fand, ist recht bezeichnend. Gerade die Agrarier sind es bekanntlich, die den Ruf nach Staatshilfe nicht laut genug erschallen lassen können.

Auf die schwereren Beleidigungen, die Herr Geheimrat Rapp der Arbeiterschaft an den Kopf geschleudert hat, indem er sie des Luges, des Truges und der Simulation bezichtigt, berichten wir einzugehen. Der Redner hat offenbar von dem früheren Senatsvorsitzenden, Dr. Friedensburg, gelernt. Was aber die Minderung des Verantwortlichkeitsgefühls in der Arbeiterschaft betrifft, so mag sich darum der Herr Geheimrat ebenfalls keine Sorgen machen. Die soziale Versicherung bietet ja den Arbeitern so wenig, daß sie gezwungen sind, in ihren Organisationen sich Unterstützungseinrichtungen zu schaffen, die eine Ergänzung zu den geringen Leistungen der Zwangsversicherung bilden. Hier bietet sich den Arbeitern genug Gelegenheit, ihr Verantwortlichkeitsgefühl zu zeigen, und sie tun es in reichstem Maße. Im übrigen ist es ein Glück, daß die Wünsche des Herrn Geheimrat, in der Sozialpolitik einen Stillstand eintreten zu lassen und dafür einen besseren Schutz der Arbeitswilligen herbeizuführen, wenigstens im jetzigen Reichstage keine Aussicht auf Erfüllung haben.

Sind Zweigvereine von Berufsorganisationen als politische Vereine anzusehen? Vor kurzem teilten wir einen Fall mit, in welchem das iächische Oberlandesgericht einen Zweigverein

Verbands-Zeil.

Ausschreibung der Stelle eines Arbeiter-Sekretärs für das Verbands-Bureau.

Zum 1. Oktober d. J. ist die Stelle eines Verbandssekretärs im Verbands der Deutschen Gewerkschaften zu besetzen. Dieser Beamte hat als Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses insbesondere die gesamten Arbeiterversicherungs-Angelegenheiten zu bearbeiten und den Mitgliedern mit Rat und Tat in allen Fragen der Arbeiterversicherung zur Seite zu stehen. Dazu gehören auch die Vertretungen vor dem Reichsversicherungsamt. Er muß daher in der Arbeiterversicherung Erfahrungen besitzen und befähigt sein, stilistisch wie orthographisch richtig zu schreiben und die entsprechenden Schriftstücke anfertigen können.

Ebenso muß der Beamte rednerisch gewandt sein und einem dem Verbands angeschlossenen Gewerkschaftsbereich angehören. Als Anfangsgehalt sind durch den Zentralrat 200 Mark monatlich festgesetzt.

Bewerber, die sich befähigt fühlen, das Amt eines Verbandssekretärs auszufüllen, wollen ihre Bewerbungsgesuche unter Beifügung eines kurzen Lebenslaufes bis zum 15. August d. J. an den geschäftsführenden Ausschuss einsenden.

Der geschäftsführende Ausschuss.
J. A. F. Neustedt, Verb.-Sekretär.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.). Während der Sommermonate Juni bis August fallen die offiziellen Sitzungen aus. Dafür haben 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr zwanglose Zusammenkunft im Verbandsbureau.
Gewerkschafts-Liederabend (S.-D.). Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr Liederschulung d. Verbandsbureau d. Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste will.
— **Sonabend, 20. Juli. Maschinenbau u. Metallarbeiter IV.** Neue Welt, Palmenstraße.
— **Maschinenbau u. Metallarbeiter IX.** Abends 8½ Uhr Seltenerstraße 50. Vortragsabend vom Sommerfest. Kohlenbestellung.
— **Maschinenbau u. Metallarbeiter XII.** Abds. 8-10 Uhr Zahlabend bei Frau, Buttenbergstraße 51.
— **Sonntag, 21. Juli. Maschinenbau u. Metallarbeiter III.** Vorm. von 10-12 Uhr Zahlabend im Nordwest-Rafino, Alt-Moabit 55-56. — **Maschinenbau u. Metallarbeiter XIII.** Vert. am 20. Juli fällt wegen des Sommerfestes in der Neuen Welt aus. Montag, 22. Juli Zahlabend Schönhauser - Allee 65.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr Vertreterversammlung im Dönhofs Geschäftshaus, Reiterstr.; jeden 1. und 3. Donnerstag im

Monat Distriktsrat ebenfalls, täglich 8½ Uhr abends. — **Cottbus (Distriktsrat).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Panitzsch, Sandoweststr. 42.
— **Dresden. Gewerkschafts-Liederabend** jeden Mittwoch, abds. 8½-11 Uhr Liebigstr. i. Vereinsl. „Kafan“, Marktstr.
— **Dahlitz (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr Sitzung i. Verbandsbureau, Ruffinsstr. 29.
— **Elberfeld-Bezirk (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämper, Elberfeld, Luisenstr. und Erholungstr.-Ecke.
— **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband. Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt.
— **Haaren b. Wachen.** Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Distriktsrat bei Sudewig.
— **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Distriktsrat sind, jed. 1. Sonntag im Monat i. Hofgasse-Rest., Gr. Brauhausstr., Markt.
— **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Dienstag, abds. 8½ Uhr im Restaurant „Bühnen“, Lagerstraße 2. Distriktsrat. — **Hamburg (Gewerkschafts-Liederabend).** Jeden Donnerstag Liederschulung b. Thöner in Altona, Gimbsbüttelstr. 48-50. — **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Monatsvert. der Jugendabst. am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats morgens 10 Uhr im Saal bei Herrn Steinmetz, Ferne im Welfen. (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreterversammlung bei Wittwe Wihl, Ruhe, Ferne, gegenüber der evang. Kirche. — **Hersfeld (Distriktsrat)** jeden 2. Mittwoch bei Hülpe. — **Leipzig (Gewerkschafts-Liederabend).** Die Liederschulungen finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mährlein - Währ.** Jeden 3. Sonntag im Monat, vormittags 10½ Uhr Vertreterversammlung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. — **M.-Gladbach-Bezirk (Ortsverband).** Am 28. Juli, nachm. 5 Uhr in M.-Gladbach, Rest. Schürte. Vortrag des Kollegen Meier über: „Agitation und Ausbreitung“. — **Quedlinburg und Umgegend (Ortsverb.).** Sonntag, 28. Juli, nachm. 3½ Uhr außerordentliche Verbandsversammlung in Reinfeld, Gasshof „Zum goldenen Hohlhorn“. Thema: „Die Gewerkschaften und die Politik“. Referent: Kollege E. Lewin, Berlin. — **Stettin und Umg. (Ortsverband).** Sonntag, 21. Juli, nachmittags 3 Uhr Ortsverband-Versammlung in Frauenhof, im Lokale des Herrn Biemer, früher Bwe. Schmelz. Vortrag des Kollegen Erkelze, Berlin. — **Stettin (Sängerchor der Gewerkschaften).** Die Liederschulungen finden jed. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Reif, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Tegele (Distriktsrat für Tegele, Forstwald bei Reindendorf).** Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr b. Kömer, Schillerstr. 28, Ecke Schönebergerstr. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsverbandversammlung bei Krole, Bauernstr. 62. — **Weißenfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewerkschaften).** Liederschulung jeder Dienstag, abends 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangsabend: Gewerkschaftskollegen sind willkommen. — **Weißenfels (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Distriktsrat bei Hermann Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 Uhr, Singstunde im Verbandslokal Rheintal.

Wendungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Chemnitz (Ortsv. der Textilarbeiter). A. Reef, Raffinerie, Fabrikstr. 4.

des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes für einen politischen Verein erklärt hat, weil er für die sozialdemokratische Parteifälle 1000 Mk. zu Wahlzwecken gestiftet hatte. Wir hatten hinzugefügt, daß hier die betreffende Zweigstelle selbst die Schuld am Vorgehen der Polizei trifft. Einen Verzicht nach derselben Richtung hat für kurzem die Polizeiverwaltung in Sagan i. Schl. unternommen, indem sie in sämtliche Vorstände der Filialen der freien Gewerkschaften eine Aufforderung ergeben ließ, die Satzungen sowie das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen, da auch nach einer Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts die Zahlstellen der freien Gewerkschaften als politische Vereine anzusehen seien. Die Vorstände reagierten jedoch nicht auf die polizeiliche Aufforderung und verweigerten überhaupt jede Auslage. Darauf sollte am 12. Juli die gerichtliche Entscheidung fallen. Wenige Tage vorher aber erhielten die Angeklagten die Mitteilung, daß das Verfahren eingestellt sei.

Es ist klar, daß durch solche Aktionen das Ansehen der Behörden nicht wachsen kann. Man sollte doch, bevor man derartige Aufforderungen ergehen läßt, sich die Sache vorher überlegen, denn der Rückzug der Polizeiverwaltung in diesem Falle bedeutet nur Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie.

Eine willkommene Botenschaft bringt der „Zeitungsberlag“. Er teilt nämlich mit, daß der Umsatz, der im Jahre 1910/11 in Deutschland mit Schundliteratur erzielt wurde, beträchtlich zurückgegangen ist. Während im Jahre 1908/09 ein Gesamtumsatz von 60 Millionen Mk. erzielt wurde, ging der Verkauf an Schundliteratur aller Art im Jahre 1909/10 auf rund 55 Millionen Mk. zurück. Überall, wo durch Organisationen und behördliche Maßnahmen der Verbreitung der Schundliteratur entgegenge wirkt wurde, hat sich deutlich ein Nachlassen des Umsatzes gezeigt. Eine große Zahl von Buchhändlern hat sich geweigert, Schundliteratur zu führen und zu verkaufen. Dafür wurden gute Volkschriften zu billigen Preisen abgesetzt. Nach oberflächlichen Berechnungen, die sich bereits jetzt für das letzte Jahr anstellen lassen, kann man einen weiteren Rückgang von rund 10 Millionen Mk. als sicher annehmen. Bezeichnend dafür, in welchem Maße der Umsatz nachgelassen hat, ist der Umstand, daß die Schundromane bei weitem nicht mehr ihre märchenhaften Auflagen erreichen. Die durchschnittlichen Auflagen der im letzten Jahre erschienenen Schundromane sind auf 10 000 Exemplare zurückgegangen. Nur ein Roman, der eine Folieertragodie behandelt, hat eine stärkere Auflage erlebt, was sich aus dem zeitgemäßen Thema erklären läßt.

Hoffentlich bildet diese erfreuliche Mitteilung für alle am Kampfe gegen die Schundliteratur interessierten Kreise einen Ansporn, in ihrer Aufklärungsarbeit nicht zu erlahmen, sondern alles aufzubieten, daß in den nächsten Jahren der Absatz der Schundliteratur immer mehr herabgedrückt wird.

Anzeigen-Zeil.

— Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen. —



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3.—

Die ist in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager und Kontingente von Bombardementen usw. ankaufe. Ferner habe ich 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.

Die Bestellung führt zu besonderer Schnelligkeit. — 100 Ende franko. — Nichtbestellendes achte unentgeltlich zurück. — Versand nicht unter 100 Stück. — H. W. Weller, Berlin, Postfach 18. — Grundwehr 1896.

Bremen. Die Auszahlung der Mitgliedsbeiträge der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeitersekretariat Bremen, Doventorsteinweg 70, part.

Kosowatz. Ortsverbandsgesamt für durchreisende Kollegen beim Kassierer B. Haase, Müllerstr. 7. Arbeitsnachweis bei Kugermann, Eidenstraße (Restaurant).

Wesem (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei Friedrich Ehrlich, Weststr. 19.

Hannover und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftskollegen aller Berufs erhalten Nachquartier und Verpflegungskarten hierzu bei Albert Pieper, Braunerstr. 81 r.

Bromberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei dem Ortsvereinskassierer bzw. beim Ortsverbandskassierer Kollegen Heindke, Feinestr. 10.

Dresden a. S. (Ortsv.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsbeitrag von 50 Pfg., Sonntag und Feiertag 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer E. Reumann, Eidenstraße 19.

Elrich (Fabrik- und Handarbeiter). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten Abendbrot, Nachschlaf, Kasse und Frühstück. Verpflegungskarten beim Kassierer O. Clausen, Kolonnenstr. 82.

Schmölln (Ortsverband). Allen durchreisenden Gewerkschaftskollegen wird für Nachquartier eine Unterstützung von 60 Pfg. gezahlt. Kartenanfrage bei E. Tragsdorf, Bachstraße 2.

Obbels. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen B. Seidel in Stelzenberg-Rohlschlag, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Schöppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Nachquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei J. Stübler, Bahnhofstr. 18.

Hersfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsbeitrag von 1 Mk. bei H. Brafel, Stadtr. 68.

Gelsenkirchen (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsbeitrag von 75 Pfg. beim Kass. Wilhelm Wapex, Bergmannstr. 19.

Potsdam (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Breslau (Ortsverb.). Durchreisende arbeitslose Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei Witt, Wittstr. 642.

Pasewalk. Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten eine Unterstützung beim Verbandskassierer Berthel, Marktstraße 60.

Forst i. L. Für Durchreisende Unterstützung und Herberge bei August Müller, Fruchtstraße 6.

Freiburg i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsgesamt bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgezahlt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer E. Ruff, Gerber, Sandoweststr. 85.

Halle a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ihr Ortsverbandsgesamt im Betrage von 1 Mark bei den Ortsvereinskassierern, Angehörige von Beruf, die hier nicht vertreten sind, beim Kollegen Louis Zaude, Seipzigerstr. 94.

Leipzig-Bezirk (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgesamt bei den Vereinskassierern. Für Abendbrot und Nachquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25-27, Gültigkeit.

Cottbus (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Karten im Werte von 1 Mark bei M. Prunzel, Gartenstraße 1. Herberge und Verkehrslokal zu den „Drei Kronen“, Inhaber Hoffmann.